

Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

FDP / MfM – Fraktion
Fraktionsvorsitzende:
Dr. Birgit Reinemund

Rathaus E 5
68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405
Fax: +49 621 293-9536
Fdp-mfm@mannheim.de

17. März 2025

Anfrage zur Sitzung des Gemeinderates am 18. März 2025

Wie hilft die Stadt den Betroffenen der KiTa-Schließung St. Marien?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Specht,

die katholische KiTa St. Marien muss aus baulichen Gründen zum August 2025 schließen. Anders als ursprünglich geplant, wird es während des Abriss und Neubau der KiTa durch den bisherigen Träger keine Interimslösung für die dort betreuten Kinder geben. Somit gibt es ab September dieses Jahres für die betroffenen Familien in Rheinau keinen Betreuungsplatz mehr. Auch wenn es sich dabei nicht um einen Kindergarten in städtischer, sondern in kirchlicher Trägerschaft handelt, betrifft das Thema auch die Stadt, auch weil der Rechtsanspruch auf eine KiTa- oder KiGa-Platz gegenüber der Stadt besteht. Selbst falls allen betroffenen Kindern verteilt auf verschiedene Kindertagesbetreuungseinrichtungen ein neuer Platz vermittelt werden kann, ändert sich damit das für die Kinder gewohnte Betreuungsumfeld völlig und es bricht ein funktionierendes Team an pädagogischen Fachkräften auseinander.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Gibt es im Stadtteil Rheinau ab September 2025 freie Plätze in städtischen Einrichtungen? Wenn ja, wie viele und in welchen? Wenn diese Frage wegen des aktuell laufenden Vergabeprozesses nicht beantwortbar sein sollte, ab wann ist sie beantwortbar? Können diese Plätze den von der Schließung betroffenen Eltern für ihre Kinder bevorzugt angeboten werden?
2. Wie ist geplant, mit den Eltern umzugehen, die St. Marien in MEKI mit hoher Priorität angegeben haben? Erhalten diese Eltern nun bevorzugt einen Platz in Rheinau oder in einem nahegelegenen Stadtteil oder wird diese Priorisierung in MEKI einfach gestrichen?
3. Gibt es städtische Immobilien im Stadtteil Rheinau, welche kurzfristig, spätestens ab Beginn des Kindergartenjahres 2025/26, als Interimslösung nutzbar wären? Gibt es alternativ Immobilien städtischer Gesellschaften, welche kurzfristig nutzbar wären?
4. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Stadtverwaltung über die Schließung der KiTa St. Marien informiert? Wann hat die Stadtverwaltung dazu Gespräche mit dem Träger geführt und mit welchem Ergebnis?
5. Wie eng ist die Stadtverwaltung üblicherweise in die Betriebsplanungen der kirchlichen Träger eingebunden? Wie eng in diesem spezifischen Fall?
6. Für welche Dauer muss eine Interimslösung organisiert werden? Ab welchem Zeitraum würde die Stadt eine eigene Interimslösung in Betracht ziehen? Mit welchen Kosten wäre das verbunden?

7. Falls der Plan des kirchlichen Trägers, die Kinder auf die umliegenden katholischen Einrichtungen zu verteilen, scheitert, hält die Stadt in ihren Einrichtungen für die betroffenen Kinder Plätze bereit? Wenn ja, für wie viele und ab wann?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Birgit Reinemund
Stadträtin, FDP

Volker Beisel
Stadtrat, FDP

Prof. Kathrin Kölbl
Stadträtin, FDP

Wolfgang Taubert
Stadtrat, MfM